

Sozialstaat in Herbststimmung?

Von Hans-Jürgen Urban

Draußen ist der Herbst schon da. Und was man vom Herbst erwarten darf, ist nirgends so schön beschrieben wie in Rilkes Gedicht vom Herbsttag. In der Politik ist der Herbst der Reformen angekündigt. Doch anders als im Gedicht war der Sommer nicht sehr groß, ob auf den Fluren die Winde losgelassen werden und die Blätter fallen, ist offen. Teile von Politik, Wissenschaft und Medien wünschen sich jedenfalls den harten Reformwind herbei, der die sozialstaatlichen Blätter von den Bäumen holt. Da werden durchgreifende Kürzungsreformen gefordert – vor allem in der Rente und Grundsicherung –, sonst drohe der Zusammenbruch der Sozialsysteme unter der Milliardenlast der Ausgaben.

Nichts gegen berechtigte Kritik. Aber die Lust am Katastrophischen und der als alternativlos vorgetragene Sozialkürzungsmonolog führen in die Irre. Das bedeutet nicht, dass der Sozialstaat so bleiben kann, wie er ist. Seine Reform an Haupt und Gliedern ist dringend geboten. Aber so muss die Debatte um seine Zukunft scheitern – der Form und dem Inhalt nach. Das wäre sozial-, wirtschafts- und gesellschaftspolitisch fatal.

Statt isoliert gigantische Euro-Summen in den Raum zu stellen oder eine ökonomisch willkürlich festgesetzte Schallmauer für Sozialabgaben zu definieren, wäre ein realistischer Blick auf die Zahlen hilfreich. Die Erzählung vom ausufernden Sozialstaat, der ins Unermessliche wachse und die Finanzkraft des Landes überfordere, bestätigt die Entwicklung der Sozialleistungsquote nicht. Die Sozialausgaben oszillieren seit Jahrzehnten um 30 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Für Alarmismus besteht kein Anlass. Gerade die Wirtschaftswissenschaft sollte einen Beitrag zur Versachlichung des Diskurses leisten!

Zur Wahrheit gehört aber auch: Die Kosten für Sozialausgaben werden steigen.

Nicht nur demographiebedingt, auch ein Teil der technologischen und ökologischen Transformationskosten müssen vom Sozialstaat geschultert werden. Zugleich werden mit geringer werdenden Wachstumsraten Verteilungsspielräume enger und Anforderungen an den Staat größer. In dieser Situation darf und muss sogar über die Kostenseite der Sozialausgaben nachgedacht werden. Aber gegen den Reflex, die Kosten über Leistungskürzungen im großen Stil in den Sozialsystemen begrenzen zu wollen, sollte man sich verwehren.

Wirtschaftswissenschaft und Politik müssen sich von ihrem Anti-Sozialstaats-Fetisch befreien.

Kürzungen bei Sozialtransfers wie Arbeitslosen- und Krankengeld oder Rente führen zu negativen Nachfrageeffekten. Das ist sicher das, was die Wirtschaft jetzt am wenigsten brauchen kann. Und mehr noch: Der dringend notwendige wirtschaftliche Strukturwandel wird nur gelingen, wenn er nicht zur Bedrohung der sozialen Existenz von Millionen Menschen wird. In dem Maße, wie der Sozialstaat etwa durch eine aktive Arbeitsmarkt- und Weiterbildungspolitik den Strukturwandel flankiert und die soziale Infrastruktur modernisiert, wird er zum Ermöglicher von Innovation und Wachstum.

Und was wird aus den sozialen Sicherungslücken der Menschen, wenn Reformen sich auf soziale Kürzungen beschränken? Sollen sie über private kapitalgedeckte Vorsorgeformen geschlossen werden, muss die Sparquote der privaten Haushalte rauf – gesamtwirtschaftlich wohl eher kontraproduktiv. Und wenn sie nicht geschlossen werden, muss das Fürsorgesys-

tem eingreifen. Mehr noch: Die Aufkündigung der sozialstaatlichen Sicherungszusagen, etwa in der Rente, droht zum Brandbeschleuniger für den Vertrauensverlust des politischen Systems zu werden.

Das ist kein Plädoyer für die Verteidigung des Status quo. Der Sozialstaat muss sich ändern. Dazu gehört auch eine Ausgabenkritik. Bei Gesundheitsausgaben etwa belegt Deutschland einen Spitzenplatz, bei Versorgungsqualität sind wir nur Mittelmaß. Während Leistungsanbieter im Gesundheitswesen üppige Renditen einfahren, wird über Karentztage diskutiert und über ein Volk von Blaumachern lamentiert. Der Blick geht in die falsche Richtung!

Statt die Illusion zu erwecken, die Belastungen des demographischen Wandels ließen sich wegreformieren, sollte über eine gerechte Lastenverteilung gesprochen werden. Konzepte der Erwerbstätigen- und Bürgerversicherung und eine faire Steuerpolitik, die auch große Vermögen und Erbschaften nicht für sakrosankt erklärt, können hier den Weg weisen. Einen modernen Arbeitsmarkt mit hoher Erwerbsbeteiligung und Menschen, die auch im höheren Alter arbeiten wollen und können, erreicht man nicht mit Sozialkürzungen und der Anhebung der Regelaltersgrenzen. Gute Arbeit und soziale Infrastruktur mit Kita-Plätzen und finanzierbarer Altenbetreuung helfen hier weiter.

Wirtschaftswissenschaft und Politik müssen sich von ihrem Anti-Sozialstaats-Fetisch befreien und den gesellschaftlichen und ökonomischen Zusatznutzen des Sozialstaats anerkennen. Nur so kann der nötige Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft zu mehr ökonomischer und sozialer Nachhaltigkeit gelingen. Sonst landen wir doch noch bei Rilke: „Wer jetzt kein Haus hat, baut sich keines mehr.“

Hans-Jürgen Urban ist Sozialvorstand der IG Metall.